

## Haushaltsrede 2013

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, als Vorsitzender der dritten Ampel – Fraktion, kann ich in weiten Teilen darauf verzichten, noch einmal all das im Detail zu wiederholen, was meine Vorredner Ingo Diller und Jens Holzrichter bereits über unser gemeinsames Handeln gesagt haben, sondern beschränke mich auf einige wenige Eckpunkte.

In der Berichterstattung über unser Haushaltssicherungskonzept tauchte in der Vergangenheit ein Bild auf, das aus meiner Sicht unsere Situation sehr treffend beschreibt und zwar wurden die Auflagen aus dem HSK als Leitplanken in einer Einbahnstraße beschrieben, innerhalb derer wir uns auf das angestrebte Ziel eines formalen Haushaltsausgleichs im Jahre 2022 hin bewegen. Um bei diesem Bild zu bleiben, sollten wir alle uns vor der Versuchung hüten, ab und zu und nur um öffentliches Aufsehen zu erregen, den Geisterfahrer geben zu wollen. Wer zusätzliche Geschenke machen möchte, muss immer auch sagen, wie er sie finanzieren will. In der Vergangenheit haben wir in solchen Situationen gerne mal im Bereich des Bahnhofsschienen verlegt; ich glaube, da sind mittlerweile alle Schienen verlegt.

Die Denkfabrik ist angeschoben und angesichts der Entwicklungschancen für die Stadt, die sich daraus ergeben, aber auch angesichts der umfassenden Bindung investiver städtischer Mittel, müssen wir alle – Rat und Verwaltung – strikt darauf achten, dass hier kein „Fluchplatz“ im Quartier entsteht, sondern ein Ergebnis, das unsere Stadt auf Dauer nach vorne bringt und zukunftsfähig macht.

Die Themen Musikschule und VHS wurden in der Vergangenheit heftig diskutiert und es wurden viele Vorschläge gemacht, die stark von den unterschiedlichen Interessenlagen geprägt waren. Der jetzige Lösungsvorschlag der Ampel wird nicht alle Interessen befriedigen – z.B. die des Altstadtvereins, der sich vehement für die Oberstadt eingesetzt hat - aber unter dem Zwang, den städtischen Haushalt durch Leerziehen bisher angemieteter Flächen zu entlasten, stellt unser Lösungsvorschlag ein relatives Optimum dar, um nicht ein Unwort der letzten Jahre zu benutzen, er ist alternativlos.

Wie wir alle wissen, wird es die Stadt Lüdenscheid nicht schaffen, den gesetzlichen Anspruch auf einen U-3 Platz termingerecht zu erfüllen. Wir haben allerdings die Hoffnung, dass die Tatsache, dass einige Projekte zur U-3-Betreuung kurz vor der Vollendung stehen bzw. zumindest schon begonnen wurden, dass dies letztendlich dazu führt, die ganz große Konfrontation – sprich Klagewelle – zu vermeiden. Keine Lösung stellt nach unserer Überzeugung die jetzt in den Medien verbreitete Möglichkeit des „Kinderplatz-Sharings“ dar. Dies stellt doch einen eklatanten Widerspruch zu der bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig wiederholten Phrase dar, dass unsere Kinder unsere Zukunft und das Wichtigste überhaupt seien! Wenn dem so ist – und als frisch gebackener zweifacher Opa bin ich der festen Überzeugung, dass es so ist – dann müssen wir uns auch entsprechend engagiert darum kümmern und können uns nicht hinter so technokratisch klingenden Scheinlösungen verstecken. Bei allen Vorhaben, die aktuell umgesetzt werden und auch bei denen, die noch in der Planung sind, muss gelten, dass es keine Absenkung der Qualitätsstandards geben darf. Obwohl es mich immer stört, wenn eine Partei oder Koalition in Verantwortung bei auftauchenden Problemen auf die jeweilige Konkurrenz oder Vorgänger mit dem Finger deutet und dieser bzw. denen die Schuld für alle bestehenden Probleme zuweist, kann ich mir dennoch den Hinweis nicht verkneifen, dass die Lösung des Problems der U-3-Betreuung

durch die Durchsetzung des Betreuungsgeldes respektive der Herdprämie keinesfalls einfacher wurde!

Wir müssen sparen und wir sparen auch. Aber dieser Zwang zum Sparen muss auch unter dem Aspekt sozialer und gesellschaftlicher Ausgewogenheit erfolgen. Lassen sie mich dazu ein Beispiel anführen. Wir haben im Kulturausschuss und im Rat dem Verein E.V. Thrakien – griechischer Tanzverein eine Bezuschussung für eine kulturelle Veranstaltung in Höhe von sage und schreibe „...bis zu 35 Euro“ gewährt. Gleichzeitig erlauben wir uns aus unserer Sicht den Luxus, eine Galerie in der bestehenden Form weiter zu unterhalten, ohne ernsthaft den Gedanken zu Ende zu führen, ob sie sich nicht auch zu deutlich verringerten Kosten in das bestehende Museum integrieren ließe. Überhaupt ist das Thema Galerie ein schönes Beispiel dafür, wie man es durch eine zugegebenermaßen hocheffiziente Medienpräsenz schaffen kann, die Unantastbarkeit der Galerie so in den Köpfen der Leute zu verankern, dass jeder Gedanke an eine Änderung des bisherigen Status als Blasphemie angesehen wird. Und wenn dann noch eine großzügige Spendenzusage eines Kunstmäzens im Raume steht – so erfreulich diese auch ist –, wer darf es dann noch wagen, über andere Lösungsmöglichkeiten nachzudenken?! Die Franzosen haben für solche Konstellationen ein treffendes Sprichwort: Honni soit, qui mal y pense! Schande auf den, der dabei Arges denkt!

Ein Thema, das uns in der Zukunft beschäftigen wird und zunächst noch kein Geld kostet, ist das Thema Inklusion. Wie sie alle wissen, wurde durch das Verschieben derselben auf das Schuljahr 14/ 15 der Zeitdruck zunächst genommen. Dies beinhaltet für uns die Chance, das Thema ausführlich zu diskutieren und zwar nicht nur unter dem Aspekt einer möglichst kostengünstigen Umsetzung, sondern unter dem Primat pädagogischer Überlegungen. In diese Überlegungen müsste auch einfließen, dass man prüft, welche Möglichkeiten es gibt, mit Kreisschulen zu kooperieren, um ein tragfähiges Schulangebot vor Ort anbieten zu können. Ich denke dabei z. B. an die Situation in Gevelndorf, wo sich Förderschulen und eine Grundschule – allerdings in unterschiedlicher Trägerschaft – in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander befinden. Wer in Zeiten zurückgehender Schülerzahlen ein umfassendes Schulangebot vorhalten möchte, muss auch bereit sein, neue Wege zu gehen. Ein Festhalten am Status Quo ist in Zukunft nicht mehr zielführend.

Es kann in dem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass Lüdenscheid nicht allein das Problem lösen können, sondern hier ist auch das Land gefordert, in personeller Hinsicht Unterstützung zu gewähren und evtl. notwendige Umbaumaßnahmen entsprechend zu fördern.

Da wir in den kommenden Jahren im Prinzip im Interesse eines angestrebten Haushaltsausgleichs nur den Mangel werden verwalten können, werden bis 2022 viele notwendige Werterhaltungsmaßnahmen am städtischen Vermögen nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können mit dem Ergebnis, dass wir im Jahr 2022 vor einem großen Berg aufgeschobener Kosten stehen. Wie das Problem gelöst werden kann? Ich weiß es nicht, und ich denke, keiner von uns hat die Patenlösung parat. Aber so wie bisher kann es nicht weitergehen, dass Land und Bund - egal ob schwarz-gelb, rot-grün oder bribrabrunzelig – den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen, ohne gleichzeitig die finanziellen Spielräume für die Kommunen entsprechend zu erweitern!

Meine Rede möchte ich mit einem Wunsch oder einer Bitte schließen. Wir haben in 2013 Bundestagswahlen und in 2014 Kommunalwahlen. Bei den beiden Anlässen werden wir uns fast alle, die wir hier sitzen, regelmäßig auf dem Sternplatz treffen und fleißig Werbung für unsere Parteien betreiben. Mein Wunsch oder meine Bitte richtet sich an die Bürger Lüdensheids. Auch oder gerade wenn es im privaten Bereich Probleme gibt, der eine macht

sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz, der andere sorgt sich um seine Altersversorgung, ein dritter hat Ärger mit der unteren Denkmalbehörde, kommen sie bitte nicht nur in Wahlkampfzeiten zu den jeweiligen Ständen auf der Suche nach Infos oder Geschenken (Samentütchen, Luftballons, Kondomen, Kulis uäm.), sondern setzen sie sich bitte auf Dauer mit den demokratischen Parteien auseinander, also mit allen, die hier im Rat vertreten sind. Damit meine ich alle außer der NPD!

Wenn Sie das Gefühl haben, „die da oben machen ja doch, was sie wollen“, dann nehmen Sie das bitte nicht hin, sondern machen Sie den demokratischen Parteien im Lüdenscheider Rat Druck, gehen Sie in Fraktionssitzungen, sprechen Sie Ihre Wahlkreiskandidaten an. Ich bin fest davon überzeugt, dass alle demokratischen Parteien für jede Rückmeldung dankbar sind. Nicht alle Wünsche werden erfüllt werden können, aber Sie können sich wenigstens erklären lassen, warum das in manchen Fällen nicht möglich ist – siehe Erhalt des Schulstandorts Schöneck.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!